

Hintergrund- informationen zur Partei AfD

(Alternative für Deutschland)

INFORMATION UND
DISKUSSION ZU
SOZIALPOLITISCHEN
THEMEN IN
WAHLPROGRAMMEN
UND IM POLITISCHEN
HANDELN DER AfD

Inhaltsverzeichnis

Einführung: AfD im politischen Diskurs	4
Politische Handlungsebenen der AfD	5
Information und Diskussion ausgewählter sozialpolitischer Themen	7
1. Alter und Pflege	8
2. Steuer- und Arbeitsmarktpolitik	10
3. Migration	14
4. Kinder-, Jugend- und Familienpolitik	19
5. Behindertenhilfe und Psychiatrie: Inklusion	22
6. Nachhaltigkeit und Klimapolitik	24
7. Abschließende, zusammenfassende Thesen	26
Quellenangaben	30

Index

A) Textfarben

Texte in blauer Schrift sind wörtliche Zitate aus Veröffentlichungen der AfD: Aus Wahlprogrammen (dem Grundsatzprogramm, dem Europawahlprogramm, dem Leitantrag zum Europawahlprogramm) sowie wörtliche Zitate von AfD-Politikerinnen und -Politikern.

Texte in lila Kästen beziehen sich auf Aussagen des Verfassungsschutzes, auf Aussagen zum rechtsextremen Flügel der AfD und ihres rechtsradikalen politischen Umfeldes.

Texte in schwarzer Schrift sind Informationen und Diskussionen aus der Redaktion des Diakonischen Werks Württemberg.

B) Quellenangaben

finden Sie am Ende des Textes. Häufig zitierte Schriften der AfD sind: das Grundsatzprogramm der AfD¹; das Europawahlprogramm der AfD² und der Leitantrag zum Europawahlprogramm der AfD³. Drucksachen aus dem Bundestag und den Landtagen finden sich unter: <https://www.bundestag.de/dokumente/drucksachen>, <https://www.landtag-bw.de/home/dokumente/drucksachen.html> und <https://parldok.thueringer-landtag.de/ParlDok>.

Einführung: AfD im politischen Diskurs

Das Diakonische Werk Württemberg stellt seinen Mitgliedern im Vorfeld der Kommunal- und Europawahlen eine Zusammenfassung von Aussagen der Partei AfD aus deren Grundsatzprogramm und anderen einschlägigen Veröffentlichungen zur Verfügung. Die AfD ist eine relativ junge Partei, die ihr Profil wiederholt verändert hat. Sie steht derzeit stark im Mittelpunkt öffentlicher Diskussionen. Politiker und Politikerinnen der Partei werden in öffentlichen Diskursen mit rechtsextrem Äußerungen zitiert. Der Verfassungsschutz hat einzelne Landesverbände und Politiker und Politikerinnen als rechtsextrem eingestuft und aufgrund einiger Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen seit 10. März 2022 als Verdachtsfall eingeordnet.⁴

AfD und Verfassungsschutz

Im Verfassungsschutzbericht aus dem Jahr 2022 heißt es: „In Verlautbarungen der AfD und ihrer Repräsentanten kommt vielfach ein ethnisch-kulturell geprägtes Volksverständnis zum Ausdruck, das im Widerspruch zur Offenheit des Volksbegriffs des Grundgesetzes steht. Dies zeigt sich unter anderem darin, dass wiederholt zwischen Staatsbürgern deutscher und nicht deutscher Abstammung unterschieden wird. Ein Mitglied des AfD-Bundesvorstands spricht in Bezug auf die deutsche Fußball-Nationalmannschaft beispielsweise von einer ‚passdeutschen Fußballnationalmannschaft‘.“⁵ Der Bericht fährt fort: „Zudem werden rechtsextremistische und verschwörungstheoretische Narrative bedient, indem

zum Beispiel vor einem ‚Bevölkerungsaustausch‘ gewarnt wird.“⁶ Nach dieser Theorie wird die ‚deutsche Bevölkerung‘ gezielt durch eine migran-tische Bevölkerung, insbesondere islamistische Bevölkerung verdrängt. Auch wenn sich die AfD an vielen Stellen bewusst bürgerlich darstellt, besteht die Gruppe um Björn Höcke aus einem geschätzten extremistischen Personenpotenzial von etwa 10.000 Personen, 30 Prozent bis 40 Prozent aller AfD-Mitglieder unterstützen nach Einschätzung des Verfassungsschutzberichts diesen Weg.⁷

Information und Diskussion

Vor diesem Hintergrund lässt die Diakonie Württemberg ihren Mitgliedern detaillierte Informationen und Reflexionen zukommen, die sich auf Aussagen und politisches Handeln der Partei, ihrer Politiker und Politikerinnen und Fraktionen zu sozialpolitischen Themen beziehen.

Politische Handlungsebenen der AfD

Will man das politische Handeln der AfD erfassen, muss man drei verschiedene Ebenen unterscheiden: die Ebene von Wahlprogrammen, die Ebene ihres politischen Agierens im Bundestag und Landesparlamenten und Äußerungen von AfD-Politikerinnen und -Politikern.

Im **Grundsatz- und Europawahlprogramm** sind politische Positionen der AfD festgehalten. Sie orientieren sich an dem, was die Partei unter ‚deutschen Werten‘ versteht. Dazu zählen traditionelle Familien- und Rollenbilder, Kritik an sogenannten Leistungsverweigerern und sozialstaatlichen Transferleistungen. Zentral in der politischen Auseinandersetzung ist für die AfD das Thema Migration, das auf unterschiedliche weitere politische Themen bezogen wird.⁸ In den folgenden Kapiteln wird aus den Wahl- und Grundsatprogrammen zitiert.

Daneben handelt die AfD auch in **Landesparlamenten und im Bundestag**. Im parlamentarischen Handeln, in den Eingaben und Anfragen zeigt die AfD deutlicher, dass Menschen, die nach Ansicht der AfD nicht zu den als deutsch definierten Werten und Rollenbildern passen (z.B. Homosexuelle, Wohnungslose, sogenannte Leistungsverweigerer etc.) unter Beobachtung gestellt werden sollen.

Auffallend ist, dass sich rechts-extremistische Aussagen, auf die sich der Verfassungsschutz bezieht, mehrheitlich nicht in den verabschiedeten Grundsatzpapieren finden, sondern in den **wörtlichen Aussagen von einzelnen Politikerinnen und Politikern**. Hier wird politisch Andersdenkenden sowie Kritikerinnen und Kritikern unverhohlen gedroht. Menschen mit

Unterstützungsbedarf sollen von politischer Teilhabe ausgeschlossen und Menschen mit Migrationshintergrund ausgewiesen werden. Diese Äußerungen sind in der Regel nur auf Social Media zu finden und werden daher hier zitiert.

Beispielhaft zu nennen sind Aussagen von AfD-Politikern und -Politikerinnen, die auf Online-Plattformen zitiert werden, wie:

„Immerhin haben wir jetzt so viele Ausländer im Land, dass sich ein Holocaust wieder lohnen würde.“⁹

„Von der NPD unterscheiden wir uns vornehmlich durch unser bürgerliches Unterstützerumfeld, nicht so sehr durch Inhalte.“¹⁰

„Wir sollten eine SA gründen und aufräumen.“¹¹

„Homosexuelle ins Gefängnis – das sollten wir in Deutschland auch machen.“¹²

„Wer versucht, die AfD zu richten, den richtet die AfD.“¹³

„Quoten nützen übrigens nur unqualifizierten, dummen, faulen, hässlichen und widerwärtigen Frauen – die guten, bemühten, passend Qualifizierten fanden und finden ihren Weg alleine.“¹⁴

Die AfD fordert im politischen Handeln ihrer **Fraktionen in Landesparlamenten und Bundestag** die Erstellung von Listen, die sich insbesondere auf Menschengruppen bezieht, die von der AfD unter Verdacht gestellt werden:

Listen mit einer Aufstellung nach sexueller Orientierung¹⁵

Listen nach Wohnungsstatus in Verbindung mit Religion und Drogenabhängigkeiten¹⁶.

Daneben stehen offene **Drohungen**:

wie die von Emil Sänze im Staatsanzeiger 2024: „Wenn wir regieren, wird es nicht lustig“. Darin formuliert er, dass die Demonstrationen gegen die AfD „groß orchestriert“ seien und Organisationen dahinter stünden, die die AfD „auf den Prüfstand stellen“ werde, wenn sie Regierungsverantwortung hat.¹⁷

AfD-Abgeordnete denken in Vorträgen öffentlichen darüber nach, das Wahlrecht für Sozialleistungsbeziehende einzuschränken.

Markus Krall, Abgeordneter im sächsischen Landtag, sagt bei einem Vortrag 2020: „Ich glaube, dass jeder am Anfang der Legislaturperiode eine Wahl treffen sollte. Nämlich entweder zu wählen, also das Wahlrecht auszuüben, das er hat oder Staatstransfers zu bekommen. Also, wer Subventionen kriegt, darf auch nicht wählen in dem System. Nur der, der einzahlt, ins System darf wählen.“¹⁸

Dies verbindet die AfD mit Diffamierungen amtierender Politiker und Politikerinnen,

so wird beispielsweise Ministerpräsident Winfried Kretschmann in der Landtagsdebatte als „politischer Hochstapler“¹⁹ bezeichnet. Bundeskanzler Scholz wird in einer Rede eines AfD-Bundestagsabgeordneten als „Lügen-Kanzler“²⁰ genannt.

Der Verfassungsschutz sagt dazu:

Der AfD geht es nach Auffassung des Verfassungsschutzes nicht um eine Auseinandersetzung in der Sache, sondern um eine generelle Herabwürdigung und Verächtlichmachung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland.²¹

Die diakonische Haltung – das sagen wir als Diakonie dazu

„Zuerst der Mensch“²², so lautet die Überschrift des Verbandsleitbildes der Diakonie Württemberg. Die aus der biblischen Botschaft abgeleitete Würde des Menschen steht im Zentrum allen diakonischen Handelns. Das ist der Prüfstein, an dem sich politische Programme messen lassen müssen.

In vielfältigen Handlungsfeldern will die Diakonie eine gerechte und solidarische Gesellschaft mitgestalten. Wenn das Grundgesetz in Art. 20 festhält, dass „die Bundesrepublik Deutschland (...) ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“ ist, dann müssen Parteien diesem Grundsatz in ihren jeweiligen Programmen und auch in den Äußerungen ihrer Abgeordneten und politisch Handelnden entsprechen. Sie müssen zeigen, wie sie dem Anspruch gerecht werden, Teil einer demokratischen, auf der Basis des Grundgesetzes stehenden politischen Kultur zu sein. Dazu gehört, dass Menschen in existenziellen und sozialen Krisen nicht stigmatisiert und ihre politischen Rechte nicht infrage gestellt werden. Es ist ein Kennzeichen des Mensch-Seins, aufeinander angewiesen zu sein.

Persönliche Schicksale können jeden und jede treffen und *alle* Menschen sind potenziell in ihrem Leben wiederkehrend auf die Hilfe anderer Menschen angewiesen.

Die Diakonie setzt sich für das Miteinander von Menschen ein. Sie bezieht sich dabei auf die Menschenfreundlichkeit Gottes, in der Gott sich *ausnahmslos allen* Menschen zuwendet als Gottes Geschöpfe. In dieser Zuwendung Gottes gründet die Hoffnung auf eine versöhnte Gemeinschaft, die um die Fehleranfälligkeit und Krisen in individuellen Lebensverläufen weiß, diese respektiert und Betroffene darin unterstützt, Krisen zu überwinden und Teilhabe wiederzuerlangen.

Diakonisches Handeln vollzieht sich im Rahmen der Wertgrundlagen des Grundgesetzes, in dem Grundrechte auf staat-

liche Unterstützung in Lebenskrisen und selbstbestimmtes Leben in der Freiheit der Lebensentwürfe garantiert sind. Das Miteinander von Verschiedenen ist das Ziel diakonischen Handelns.

Die Würde jedes Menschen, die in der Gottebenbildlichkeit des Menschen biblisch formuliert ist (Gen 1,27) fordert auf zu Respekt und sachlichem Diskurs in politischen und persönlichen Auseinandersetzungen. Eine politische Kultur der Herabwürdigung von Leistungsempfängenden, Minderheiten, Menschen mit Fluchterfahrung, politisch Andersdenkenden und politischen Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträgern ist nicht mit dem Menschenbild und den Grundwerten der Diakonie vereinbar.

Information und Diskussion ausgewählter sozialpolitische Themen

Die nachfolgende Darstellung geht auf sozialpolitische Positionierungen der AfD ein, sie blickt dabei insbesondere auf die Handlungsfelder der Diakonie. Aussagen aus den Parteiprogrammen werden aus einer diakonischen Perspektive kurz diskutiert. **Wichtige Passagen wurden durch Fettdruck in den Textauszügen der AfD hervorgehoben.**

1. Alter und Pflege

1.1. Altersvorsorge und Rente

Die AfD will den Eintritt ins Rentenalter freigegeben und die Rente damit in die Eigenverantwortlichkeit der Arbeitenden geben. Damit einher geht eine Individualisierung der Risiken im Verlauf eines Arbeitslebens.

Im Wahlprogramm der AfD heißt es²³:

„Unser Anliegen ist nicht nur ein höheres Maß an **Leistungsgerechtigkeit in der Rentenversicherung**, den Rentenberechtigten sollen auch mehr Freiheitsrechte zugestanden werden. Unserem Freiheitsverständnis nach gehört die **Entscheidung über den Eintritt in die Rentenphase in die Hand des Einzelnen**.

Die Betroffenen haben nach einem langen Berufsleben viele Erfahrungen gesammelt und **wissen selbst am besten, wann sie aus dem Erwerbsleben ausscheiden wollen**. Manche gehen in ihrer Arbeit auf, haben große Freude daran und wollen so lange wie möglich arbeiten. Andere haben für ihren Lebensabend andere Pläne, wollen mehr Zeit mit dem Partner verbringen, auf Reisen gehen oder sich um die Enkelkinder kümmern.

Wir wollen deshalb jedem ermöglichen, länger zu arbeiten und im Einvernehmen mit dem jeweiligen Arbeitgeber zum individuellen Wunschzeitpunkt den Ruhestand anzutreten. **Die Rentenhöhe hängt dabei von den eingezahlten Beiträgen und dem Renteneintritt ab**. Wer länger arbeitet, bekommt entsprechend mehr Rente“.

<https://www.afd.de/wahlprogramm-rente-soziales/>²⁴

Die Diakonie sagt dazu:

Zu dieser von der AfD geforderten ‚Freiheit beim Renteneintritt‘ gehört, dass die Rente ohne Abschlag erst nach 45 Beitragsjahren ausbezahlt wird.²⁵ **Faktisch entspricht das einer massiven Rentenkürzung**. Der volle Rentenbetrag wird unabhängig vom Lebensalter dann ausbezahlt, wenn die Beitragsjahre zusammen sind. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) berechnet, dass etwa 55 Prozent der Bevölkerung diese Beitragsjahre bis zu ihrem 65. Geburtstag nicht voll bekommen, etwa 40 Prozent müssten über das 70. Lebensjahr hinaus arbeiten – bei Frauen sogar 50 Prozent.²⁶

Schule, Hochschule, Fachschule und Hartz IV bzw. Bürgergeld werden dabei nicht mitgerechnet. **Damit käme die Rente mit 70 bei der AfD durch die Hintertür**; unterbrochene Berufsbiografien oder Wechsel zwischen versicherter Beschäftigung, Selbständigkeit, Werkverträgen oder Arbeitslosigkeit erschweren die Erreichung der Beitragsjahre.

Bei der Rentenbemessung soll die Kinderanzahl und die Erziehungsleistung stärker als bisher berücksichtigt werden. Ein Kinder- oder Pflegebonus, den die AfD vorschlägt, verändert jedoch die Bemessung nicht grundlegend.

Durch den demografischen Wandel und den damit verbundenen Renteneintritt der geburtenreichen Jahrgänge zahlen weniger Arbeitnehmende in die Rentenkassen ein, während andererseits diese mehr ausbezahlen müssen. Dadurch sinkt das Rentenniveau laut einer Bertelsmann-Studie von aktuell 48,7 auf 40,5 Prozent

(2060) und dann 38,8 Prozent (2080)²⁷, sollte die Politik keine geeigneten Gegenmaßnahmen finden. **Für Menschen, die keine 45 Beitragsjahre erreichen können, wäre nach den Vorschlägen der AfD das Rentenniveau deutlich niedriger.**

1.2. Pflege

Familiäre Pflege soll nach den Vorschlägen der AfD aufgewertet und als Beitrag für das Gemeinwohl gleich hoch wie die Pflege durch Pflegedienste und Pflegeheime anerkannt werden.

Im Grundsatzprogramm der AfD steht:

„Die Pflege älterer Menschen durch einen Dienst oder durch ein Heim wird höher vergütet als die Pflege durch einen Angehörigen. [...] Die AfD möchte die Rahmenbedingungen derart gestalten, dass sich erwachsene Kinder bewusst für die Pflege der Eltern entscheiden können und [...] will Familienarbeit in der Pflege als Beitrag für das Gemeinwohl gesellschaftlich anerkennen.“

Grundsatzprogramm der AfD, S. 37f.²⁸

Die Diakonie sagt dazu:

Menschen im Alter sollen nach dem Menschenbild der Bibel besonders geachtet werden. Sie sind zu ehren und in ihren altersbedingten Unterstützungsbedarfen zu pflegen. Dazu gehört nach Ansicht der Diakonie auch eine auskömmliche Rente, die ein Leben in Teilhabe und Würde ermöglicht. Die Rentenpolitik der AfD ist demgegenüber nicht sozial ausgerichtet. **Viele Menschen müssten sehr lange arbeiten und würden dennoch keine auskömmliche Rente erhalten.** Persönliche Brüche und Risiken, die alle Men-

schen im Lebenslauf treffen können, würden zu weiteren Kürzungen der Rente führen. Altersarmut, auf die die Diakonie seit Jahren kritisch hinweist, würde zunehmen.

Pflege wird in Deutschland bereits heute mehrheitlich von Familienan- und -zugehörigen übernommen. Die Aufwertung der häuslichen Pflege ist prinzipiell zu befürworten, damit Pflegende auskömmlich in ihrer Pflegearbeit unterstützt werden. **Es wird in den Wahlprogrammen der AfD aber nicht gesagt, ob und wie hoch der familiäre Beitrag zur Pflege vergütet werden soll** und wie die häusliche Pflege ggf. refinanziert wird. Die Diakonie ist der Auffassung, dass Pflegedienste, Pflegeheime und familiäre häusliche Pflege sich nicht gegenüberstehen, sondern einander ergänzen. Pflegedienste unterstützen Angehörige in der häuslichen Pflege.

Es wird auch nicht erklärt, wie Pflegende zu einer auskömmlichen Rente an ihrem eigenen Lebensabend kommen, wenn in der Zeit der Pflege von Angehörigen eine versicherungspflichtige Erwerbsarbeit nicht aufgenommen werden konnte.

2. Steuer- und Arbeitsmarktpolitik

2.1 Das sogenannte ‚AfD-Paradox‘

Die AfD wird in der Öffentlichkeit und von ihren Wählerinnen und Wählern als eine Partei wahrgenommen, die sich um die Belange von Menschen kümmert, die sich durch eine als ungerecht empfundene Verteilungspolitik und einen als überbordend wahrgenommenen Sozialstaat benachteiligt fühlen.

Nach Einschätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) **wären die stärksten Verlierer einer AfD-Politik deren eigene Unterstützer und Unterstützerinnen** in Bezug auf fast jeden Politikbereich. Dieses Phänomen wird vom DIW als **AfD-Paradox** bezeichnet.²⁹ Der ‚typische AfD-Wähler‘ lebe in einer strukturschwachen Region und lebe in geringer sozialer und politischer Teilhabe.

Demgegenüber stehe die AfD für **eine extrem neoliberale Wirtschafts- und Finanzpolitik**. Sie setzt sich in fast allen Bereichen für Steuersenkungen ein (Erbsteuersenkungen, Vermögenssteuer) und will den Solidaritätszuschlag für Spitzenverdiener abschaffen, die Rolle des Staates beschneiden und die Macht des Marktes vergrößern.

In der Sozialpolitik will keine andere Partei stärkere Einschnitte bei Sozialleistungen und spricht sich vehement gegen eine Stärkung der Rechte von Mieterinnen und Mietern aus. Die AfD ist gegen die Erhöhung des Mindestlohns, für die Beschneidung des Bürgergelds und für die Zwangsverpflichtung von Langzeitarbeitslosen zu Bürgerarbeit.

In der Arbeitsmarktpolitik orientiert sich die AfD an drei Grundaussagen: Erstens sollen möglichst nur ‚**inländische, deutsche**‘ also deutschstämmige Menschen ohne Migrationshintergrund in Deutschland arbeiten, zweitens soll dies durch eine **Erhöhung von Geburten in ‚einheimischen‘ Familien** geschehen und drittens sollen Arbeitslose durch **aktivierende Grundsicherung und Sanktionen** zur Arbeit motiviert werden. Dabei werden einerseits ‚deutsche‘ den ‚ausländischen‘ Arbeitnehmenden‘ gegenüber gestellt und andererseits ‚Arbeitende‘ den ‚Arbeitslosen‘ gegenübergestellt. Es wird ohne Differenzierung angenommen, dass arbeitslose Menschen nicht arbeiten, obwohl sie es könnten.

2.2 Abgabebremse und Mindestlohn

Die AfD will in der Steuerpolitik eine Abgabebremse.

Im Grundsatzprogramm der AfD steht:

„Die AfD will die Bürger nicht stärker mit Steuern und Abgaben belasten. Analog zur Schuldenbremse wollen wir eine **verbindliche Steuer- und Abgabebremse im Grundgesetz**, um die maximale Summe der Belastung auf einen bestimmten Prozentsatz im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt festzuschreiben.“
Grundsatzprogramm der AfD, S. 74

„Die AfD tritt für eine Reform der Finanzierung der Kommunen ein. In diesem Zusammenhang ist eine **Überprüfung der Gewerbesteuer** vorzunehmen, weil sie ertragsunabhängige Bestandteile in ihrer Bemessungsgrundlage enthält. [...]“

Die AfD will die derzeit zur Erhebung ausgesetzte **Vermögenssteuer und die Erbschaftssteuer abschaffen**. Beide sind Substanzsteuern, d.h. sie werden unabhängig von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Steuerbürgers erhoben. Sie greifen auf Vermögen zu, die typischerweise aus versteuertem Einkommen entstanden sind.“

Grundsatzprogramm der AfD, S. 75

„Weder **„Mietpreisbremsen“ noch „Kapazitätsgrenzen“ bringen Entspannung** am Wohnungsmarkt.“

Grundsatzprogramm der AfD, S. 94

Beim **Mindestlohn** fordert die AfD eine Orientierung an ‚sozialer Marktwirtschaft‘.

Im Grundsatzprogramm der AfD heißt es:

„Der **Mindestlohn ist mit dem Wesen der Sozialen Marktwirtschaft eng verbunden**.“

Grundsatzprogramm der AfD, S. 36

Die Diakonie sagt dazu:

Wenn Erbschaftssteuer und Vermögenssteuer wegfallen, eine Steuerhöchstgrenze eingeführt wird, keine Maßnahmen gegen Mietpreissteigerungen ergriffen werden, werden vor allem Wohlhabende von der Politik der AfD profitieren. **Gewinner und Gewinnerinnen der AfD-Steuerpolitik sind nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) vor allem Wohlhabende und Millionäre³⁰, die ab einem Jahreseinkommen von 300.000 Euro Einkommenszuwächse haben werden.**

Zur Politik der AfD ist festzustellen, dass ihre Politik arme Menschen steuerlich schlechterstellt. **Bei keiner anderen**

Partei werden Menschen mit einem Jahreseinkommen bis zu 55.000 Euro stärker benachteiligt als bei der AfD.³¹

Wenn der **Mindestlohn** dem Wesen des Marktes folgt, wird er allen Berechnungen nach sinken. In Zeiten sich erhöhender Preise wird das zu einer **weiteren Verarmung von Menschen mit geringen finanziellen Ressourcen führen**. Wie hoch der von der AfD geforderte Mindestlohn sein soll, wird nicht näher ausgeführt.

2.3 Arbeitslosigkeit und Bürgergeld

Die AfD will die Unterstützungsleistungen (Grundsicherung, Beratung und Coaching) des Bürgergeldes abschaffen und stattdessen eine ‚aktivierende Grundsicherung‘ einführen und diese an Bedingungen knüpfen.

In einem Antrag der AfD zum Bürgergeld wird formuliert:

„Sozialstaatsprinzip und Solidarität innerhalb des Nationalstaats führen dazu, dass Menschen in einer Notlage Hilfe erhalten. Solidarität ist jedoch keine Einbahnstraße und **Unterstützung kann grundsätzlich nur unter Bedingungen gewährt werden**. Andernfalls ist ein Sozialstaat weder moralisch noch wirtschaftlich zu rechtfertigen, da jede Transferleistung vor ihrer Verteilung erst erwirtschaftet werden muss. [...] Im Rahmen einer aktivierenden Grundsicherung wird dem bewährten Prinzip des Förderns und Forderns treu geblieben. Es gilt die **Leitidee: ‚Wer arbeiten kann, soll auch arbeiten‘**“.

Antrag Bundestag zur aktivierenden Grundsicherung³²

Innerhalb dieses Antrags wird ausgeführt, dass Leistungen der Grundsicherung an

Arbeitssuchende nach einer Karenzzeit von sechs Monaten grundsätzlich an die **Teilnahme an der vergütungsfreien „Bürgerarbeit“** (in den exemplarischen Bereichen Zivil- und Katastrophenschutz, Heimatpflege und Ortsverschönerung, Umwelt- und Naturschutz, Hilfe für Menschen mit Behinderung, Seniorenpflege, Wohlfahrtspflege, Tierschutz) mit mindestens 15 Wochenstunden geknüpft werden. Barmittel für Grundsicherungsempfänger werden gestrichen, die Auszahlung erfolgt über eine **„Sachleistungs-Debitkarte“**.

Bei dauerhafter nicht gerechtfertigter Verweigerung der „Bürgerarbeit“ sollen auch verhältnismäßige Leistungsmindestungen (**Sanktionen**) zum Zuge kommen.

Die Diakonie sagt dazu:

Nur eine Minderheit der derzeit 5,6 Millionen Arbeitslosen verweigert die Arbeit. Die Mehrzahl ist durch psychische und physische Erkrankung, durch die Pflege Angehöriger oder dadurch, dass sie alleinerziehend sind, nicht in der Lage zu arbeiten. Auch Kinder werden in der Bürgergeldstatistik mit erfasst, die weder arbeiten können noch dürfen. **Lediglich etwa 13.000 Menschen gelten derzeit als arbeitsverweigernde Personen.**

Es ist wichtig, dass arbeitslose Menschen mit **Respekt** behandelt werden, dass sie beraten und unterstützt werden, um wieder am Arbeitsmarkt teilhaben zu können. **Arbeitslosigkeit kann (fast) jeden und jede treffen durch Krankheit oder andere soziale Krisen.** Auch die Diakonie sagt: **Sanktionen** sind vertretbar, wo Menschen sich der Integration in den Arbeitsmarkt verweigern. Dies betrifft aber nur eine kleine Minderheit. **Beratung und Be-**

leitung sind erfolgreiche Maßnahmen, damit Menschen den Weg wieder in Arbeit finden.

2.4 Arbeitskräftegewinnung und Fachkräftemangel

Im Grundsatzprogramm der AfD wird zur Arbeitsmarktpolitik ausgeführt, dass insbesondere **„einheimische“ Arbeitnehmende** dem Arbeitsmarkt zugeführt werden sollen. Die Arbeitsmarktpolitik ist eng mit dem Gedanken verbunden, Einwanderung ausländischer Arbeitnehmenden zu verhindern und einheimische Arbeitnehmende von der Abwanderung abzuhalten und dem deutschen Arbeitsmarkt zuzuführen.

Im Grundsatzprogramm der AfD heißt es dazu:

„Die nach wie vor Millionen zählenden Arbeitslosen sowie die Leistungsbereitschaft einer zunehmend aktiveren älteren Bevölkerung dürfen nicht vernachlässigt werden. In Mangelberufen sind adäquate Arbeitsbedingungen und eine marktgerechte Entlohnung geboten. Schließlich gilt es, die fortgesetzte **Abwanderung eigener (Hoch-)Qualifizierter zu vermeiden.** Bereits ausgewanderte Deutsche sind mit speziell auf sie **zugeschnittenen Initiativen zur Rückkehr zu motivieren.** Eine **graduelle Abnahme der Bevölkerungszahl** darf in Deutschland als einem der am dichtesten besiedelten Länder der Welt kein Tabu sein. Neue Techniken der Automatisierung und Digitalisierung bieten Deutschland die Chance, auch bei einer **abnehmenden Zahl an Arbeitskräften die Wirtschaftskraft Deutschlands ohne gravierende Wohlstandsverluste zu erhalten.**“

Grundsatzprogramm der AfD, S. 42

„Wir setzen uns für eine **maßvolle legale Einwanderung nach qualitativen Kriterien** ein, soweit ein unabweisbarer Bedarf weder durch einheimische Potentiale noch durch Zuwanderung aus der EU gedeckt werden kann. Im Vordergrund stehen die Interessen Deutschlands als Sozialstaat, Wirtschafts- und Kulturnation. Für den Arbeitsmarkt qualifizierte Einwanderer mit hoher Integrationsbereitschaft sind uns willkommen. [...]

Die Versorgung unseres Landes mit qualifizierten Arbeitskräften muss in erster Linie über die vollständige **Erschließung der einheimischen Potentiale** erfolgen. Hierzu zählen eine umfassende Aus- und Weiterbildung, die Integration von immer noch Millionen zählenden Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt und die Beendigung der Diskriminierung von älteren Arbeitnehmern und von Alleinerziehenden. [...]

Auch die **fortgesetzte Auswanderung inländischer Hochqualifizierter muss reduziert und die bereits Ausgewanderten müssen zur Rückkehr ermutigt** werden. Die Anwerbung in Drittländern kommt erst dann zum Zuge, wenn zuvor sämtliche dieser Möglichkeiten zur Arbeitskräftegewinnung und -qualifizierung genutzt wurden. Die gesteuerte Einwanderung aus Drittstaaten ist jedoch kein Weg, um die demografische Krise zu lösen.“
Grundsatzprogramm der AfD, S. 62

Die Diakonie sagt dazu:

Die Unterscheidung von ‚einheimischen‘, ‚inländischen‘ und ‚ausländischen‘ Arbeitnehmenden ist irreführend. **Tatsächlich leben und arbeiten in Deutschland zahlreiche Menschen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren wurden, die sich als Deutsche verstehen oder einen deutschen Pass besitzen.**
In der Pflege und in vielen Sozialberufen

könnte die Arbeit ohne den Beitrag von Menschen, die nach Deutschland kommen, um hier zu arbeiten, nicht gemacht werden. Jede achte Pflegekraft kommt aus dem Ausland. Mehr als 200.000 ausländische Pflegekräfte arbeiten inzwischen in Deutschland. Ihr Anteil liegt inzwischen bei ca. 13,5 Prozent (Krankenpflege: 12 %; Altenpflege: 16 %). Auch führende Wirtschaftsunternehmen haben öffentlich betont, dass der **Wohlfstand und die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland ohne den Beitrag von internationalen Arbeitskräften nicht aufrecht erhalten werden kann.** Internationale Fachkräfte, die Deutschland als Wirtschaftsstandort und als Sozialstaat benötigt, können mit einer Arbeitsmarktpolitik, die nationale und kulturelle Differenzen zu einheimische Arbeitskräften in den Vordergrund gestellt, nicht gewonnen werden. Sie gefährden den Wirtschaftsstandort und Sozialstaat.

Wie der Fachkräftemangel, der im Jahr 2030 seinen errechneten Höhepunkt haben wird, durch eine andere Geburtenpolitik erreicht werden soll, bleibt fraglich.

3. Migration

Die Politikfelder Migration und Flucht sind zentrale Bausteine der politischen Argumentation der AfD. Migration, auch die legale in den Arbeitsmarkt, ist für die AfD der Grund für Gefährdungen der öffentlichen Sicherheit und des sozialen Zusammenhalts. In ihrer Migrationspolitik lassen sich ideologische und personelle Verbindungen zu rechtsradikalen und rechtsextremistischen Bewegungen feststellen, die auch vom Verfassungsschutz berichtet werden.

3.1 Migration und sozialer Frieden

Migration wird als Ursache der Gefährdung des sozialen Friedens dargestellt und für einen niedrigen Bildungsstand verantwortlich gemacht.

Im Grundsatzprogramm der AfD steht:

„Der Versuch, diese Entwicklungen [den demographischen Ausgleich] über noch mehr Einwanderung zu kompensieren, birgt durch mangelnde Integration und Kettenmigration insbesondere in den großen Städten die Gefahr, dass sich weitere **Parallelgesellschaften bilden**. Durch das sich Ausbreiten der konfliktträchtigen **Multi-Minoritätengesellschaften erodieren der soziale Zusammenhalt, das gegenseitige Vertrauen und die öffentliche Sicherheit** als unverzichtbare Elemente eines stabilen Gemeinwesens. Der durchschnittliche **Bildungsstand** wird weiter sinken.“
Grundsatzprogramm der AfD, S. 42f.

3.2 Migration und Flucht

Zahlreiche Aussagen im Grundsatzprogramm der AfD beziehen sich auf das Thema Flucht und Migration.

Die AfD unterscheidet in ihrem Grundsatzprogramm zwischen **regulären und irregulären Fluchtursachen**.

Im Grundsatzprogramm der AfD steht:

„Eine Völkerwanderung historischen Ausmaßes fordert Europa heraus. [...] Die aktuelle deutsche und europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik kann deshalb so nicht weitergeführt werden. [...] **Echte Flüchtlinge** will auch die AfD schützen, solange die Fluchtursache im Heimatland andauert.

Irreguläre Migranten aber, die, anders als Flüchtlinge, nicht verfolgt werden, können keinen Flüchtlingsschutz beanspruchen. Entfällt der Fluchtgrund durch Beendigung von Krieg, politischer oder religiöser Verfolgung im Herkunftsland der Flüchtlinge, endet deren Aufenthaltserlaubnis. Die betroffenen Flüchtlinge müssen Deutschland wieder verlassen. [...] Grundsatzprogramm der AfD, S. 59

Als Lösung plädiert die AfD in ihrem Grundsatzprogramm für die Schließung der EU-Außengrenzen und für **Asylzentren** in sicheren Drittstaaten.

Die AfD setzt sich daher für eine **vollständige Schließung der EU-Außengrenzen** ein und fordert den aus politischen und anderen Gründen flüchtenden Menschen folgende Option anzubieten: In der Herkunftsregion von Flüchtlingsbewegungen (...) werden Schutz- und Asylzentren in sicheren Staaten eingerichtet. (...) Anträge auf Schutz sollen danach nur noch dort gestellt und entschieden werden. Antragsteller in Deutschland und Europa sind ausnahmslos zur Rückkehr in diese

Zentren zu verpflichten.“
Grundsatzprogramm der AfD, S. 59

Die AfD fordert eine konsequente **Rückführung und Sanktionsmaßnahmen**. Dabei **unterstellt** sie der **Politik und Hilfeorganisationen**, die sie als ‚Einwanderungslobby‘ bezeichnet, Fehlverhalten und bewusste **Sabotage, sie behauptet, dass dabei Vorgaben des Rechtsstaats missachtet werden:**

Im Grundsatzprogramm der AfD heißt es dazu:

„Der wichtigste (Fehl-)Anreiz, über das Asylrecht in das deutsche Sozialsystem einzuwandern, ist bereits seit Jahrzehnten **die fehlende Durchsetzung der Ausreisepflicht gegenüber Ausländern**, die unter keinem Gesichtspunkt bleibeberechtigt sind.

Rückführungen in die Herkunftsländer werden auf mannigfache Weise **sabotiert**. Daran beteiligt sind die Ausreisepflichtigen, inländische Helfer und teilweise auch die Herkunftsländer. Kampagnen der Einwanderungslobby und Medien zielen auf immer neue Bleiberechte. Landesregierungen halten sich häufig nicht an das Bundes-Abschieberecht, verschleppen seine Durchsetzung und setzen es vielfach praktisch außer Kraft.

Die AfD will **diese Missachtung des Rechtsstaats beenden**. Sie fordert, das **Abschieberecht zu ertüchtigen, zu vereinfachen und es konsequent anzuwenden** [...]. Die Ausländerbehörden müssen auf die uneingeschränkte Rückendeckung der Politik vertrauen können. **Alle rechtskräftig abgelehnten Asylbewerber sind unverzüglich außer Landes zu bringen**, sofern sie nicht entsprechende

Ausreiseaufforderungen freiwillig befolgen. Gewährung oder Streichung von Entwicklungshilfe und die Visapolitik müssen zum Hebel für die Kooperationsbereitschaft der Herkunftsstaaten bei der Rücknahme ihrer Staatsangehörigen werden.

Vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern dürfen nicht gleichzeitig Anreize zum Bleiben gegeben werden. Unter anderem ist ihre **Sozialhilfe dauerhaft auf ein rechtlich zulässiges Minimum in Sachleistungen zurückzuführen**. [...] Grundsatzprogramm der AfD, S. 61

Die AfD fordert **Remigrationsprogramme**.

Im Europawahlprogramm steht:

„Die millionenfache Aufnahme junger Menschen aus Entwicklungsländern [...] beraubt die Herkunftsstaaten jener Leistungsträger, die dort zum Aufbau bzw. Wiederaufbau dringen benötigt werden. [...] Sobald in einem Herkunftsland (...) wieder Frieden herrscht, hat die EU bzw. Deutschland umgehend die Bedingungen für eine Rückkehr der hier aufgenommenen Asylbewerber auszuhandeln und diese Rückkehr auch konsequent durchzusetzen. [...] Auf nationaler und europäischer Ebene müssen **Remigrationsprogramme auf- und umgebaut werden**.“
Europawahlprogramm der AfD, S. 17³³

Die Diakonie sagt dazu:

Die Unterstellung, dass Rückführungen sabotiert oder ohne rechtliche Grundlage verhindert werden, werden von der AfD nicht belegt. Sie dienen vielmehr dazu, eine rechtstaatliche Asylpolitik zu diffamieren und Vorbehalte gegen humanitäre und kirchliche Hilfeorganisationen zu formulieren.

ren. Nichtregierungsorganisationen, die sich um Geflüchtete kümmern, sollen mit rechtsstaatlichen Mitteln und durch Entzug jedweder Förderung dazu angehalten werden, Abschiebungen nicht zu behindern.³⁴ Ständig wird auch eine missglückte Migrationspolitik thematisiert und kritisiert.³⁵ Dabei wird eine Strategie populistischer Politik angewandt: Populistische und radikal politisches Agieren versucht zu dramatisieren, zu fokussieren, zu vereinen, die Welt in richtig und falsch, die und die anderen zu spalten um dann einfache Lösungen, radikale Maßnahmen und einen Systemwechsel zu legitimieren.

Das Thema Migration teilen Politiker und Politikerinnen der AfD mit anderen populistischen Bewegungen. In diesem Themenfeld lassen sich **Verbindungen zu rechtsradikalen und rechtsextremistischen Netzwerke** und Ideologien aufzeigen, die auch vom Verfassungsschutz thematisiert werden.

Exkurs: Verbindung von AfD-Politikern und -Politikerinnen in rechtsradikale Netzwerke und Ideologien

Politiker und Politikerinnen der AfD sind mit rechtsextremen Kreisen vernetzt, die sich in Fragen von Migration und Flucht an einer These der **Remigration** orientieren. Die Demonstrations- und Protestbewegungen von hunderttausenden Bürgern und Bürgerinnen, die nach Bekanntwerden des geheimen Treffens der Neuen Rechten in Potsdam zum Thema ‚Remigration‘, das auch Unwort des Jahres 2023 wurde, einsetzen, bezogen sich auf bekannte rechtsextreme Positionen³⁶. Martin Sellner³⁷ entwirft

darin ein Konzept, mit dem er die **Ansiedlung von Ausländern und Ausländerinnen rückabwickeln** will und Asylbewerber und **Asylbewerberinnen, Ausländer und Ausländerinnen mit Bleiberecht und ,nicht assimilierte Staatsbürger‘ in großer Zahl ausweisen** will. Menschen sollen aus Deutschland verdrängt werden können, wenn sie die falsche Hautfarbe oder Herkunft haben oder nicht ausreichend ‚volkstreu‘ sind.³⁸ Diese Volkstreue soll durch einen ausreichenden Anpassungsdruck erreicht werden.

Remigration wird von unterschiedlichen rechtsextremistischen Theoretikern und Theoretikerinnen angestrebt und könnte nach Martin Sellner **in einen Musterstaat in Nordafrika** erfolgen. Dort gebe es die Möglichkeit für Ausbildungen und Sport. **Alle, die sich für Geflüchtete einsetzen**, könnten auch dorthin gebracht werden.³⁹ Damit wird eine Position aufgegriffen, die schon 1940 von den Nationalsozialisten diskutiert wurde, die vier Millionen Juden nach Madagaskar deportieren wollten.

Verschiedene AfD-Politiker und -Politikerinnen haben eine inhaltliche Nähe zur Identitären Bewegung, die eine „millionenfache Remigration“ gefordert hat.⁴⁰ Neu ist in diesem Zusammenhang die Detailtreue, mit der die Pläne ausgearbeitet werden. Ähnliche, immer wieder gebrauchte Begriffe für diese Pläne sind auch „Ersetzungsmigration“, „Große Transformation“, „Umsiedlung“ oder „Bevölkerungsaustausch“ oder auch „Umvolkung“, was eine direkte

Referenz auf den gleichlautenden nationalsozialistischen Terminus darstellt.⁴¹ Ziel ist die Rückkehr zu einer „völkischen Reinheit, die es“, nach Bernhard Weidinger, „zwar nie gab, die man aber in eine idealisierte Vergangenheit projiziert“.⁴²

Auch die „**ethnische Wahl**“⁴³ wurde nach Recherchen der Journalistengruppe correctiv bei dem geheimen Treffen rechtsradikaler Vordenkerinnen und Vordenker in Potsdam diskutiert, an der auch Politikerinnen und Politiker der AfD teilnahmen. Die ‚ethnische Wahl‘ soll demnach verhindern, dass die hier lebenden „Fremden“ auch wählen. Statistisch wählen Menschen mit Migrationshintergrund vor allem ‚migrationsfreundliche‘ Parteien – was nach Sellner die Wahlen an sich delegitimiert und Deutsche zu Fremden im eigenen Land macht.⁴⁴

Deutlich wird, wie Strategien rechtsextremer Akteure und Gruppen ineinandergreifen: Einzelne **rechtsextreme Vordenker** und Politikerinnen und Politiker, mit denen Mitglieder der AfD im Hintergrund vernetzt sind, formulieren rechtsradikale politische Konzepte. **Diese Ideen werden in die Partei AfD getragen.** So wurde bei dem geheimen Treffen in Potsdam die Frage verhandelt: Wie lässt sich eine einheitliche völkische Gemeinschaft erreichen?⁴⁵ Die Vorstellung von einer einheitlichen ethnisch formierten, deutschen Kultur gehört auch zum Gedankengut von prominenten, führenden AfD Politikern. Nach **Björn Höcke**, Vorsitzender der AfD Fraktion im Thüringer Landtag, ist eine Masseneinwanderung

besonders dann kritisch zu sehen, „wenn die einströmenden Menschen ethnisch-kulturell nicht so verwandt sind“⁴⁶, weil das den „Assimilierungs- oder Integrationsprozeß“ erschwert.⁴⁷ „Wenn wir weniger Hidschab- oder Burka-Trägerinnen auf unseren Straßen und Plätzen sehen wollen, dann ist es meines Erachtens der falsche Weg, diesen Frauen ihre kleidungsmäßigen Gepflogenheiten auszutreiben, sondern man sollte darüber nachdenken, die Zahl der hier lebenden Muslime zu verringern.“⁴⁸ Höcke selbst merkt an, dass man dabei nicht „um eine Politik der ‚**wohltemperierten Grausamkeiten**‘, wie es Peter Sloterdijk nannte, [herumkommen wird]. Das heißt, daß sich menschliche Härten und unschöne Szenen nicht immer vermeiden lassen werden.“⁴⁹

Björn Höcke sieht eine der größten Gefahren darin, dass Nationalstaaten zu einem multiethnischen Gebilde umgebaut werden sollen. Dies bestätigt auch der **Verfassungsschutzbericht 2022**, der in Bezug auf Asylsuchende und Migranten folgende Social-Media-Aussage zitiert: „Jeder Einzelne bringt seine eigene Kultur und Lebensweise, die ihn von Kindesbeinen an geprägt hat, mit hierher und wird sie bei uns weiter ausleben. Das bedeutet weitere Moscheen und Minarette, Kinder- und Vielehen, Unterdrückung der Frauen, Genitalverstümmelungen, kriminelle Familienclans und Friedensrichter, um nur einige Beispiele zu nennen.“⁵⁰

Die Diakonie sagt dazu:

Von rechtsradikalen und rechtsextremen Ideologien gehen **Gefahren der Stigmatisierung und Gefahren der psychischen und physischen Gewalt** gegen geflüchteten Menschen aus, die im deutschen Rechtsstaat Schutz suchen vor politischer Verfolgung und Krieg in ihren Heimatländern.

Der **Vorwurf des fortgesetzten Rechtsbruchs** gegen Hilfsorganisationen und amtierende Politiker wird von der AfD nicht belegt. Die Beschuldigungen dienen daher vor allem der Disqualifizierung und Diffamierung von politischen Gegnern, öffentlichen Institutionen und humanitären Hilfsorganisationen. Vulnerablen Personen Schutz zu bieten, gehört zum christlichen Gebot der Nächstenliebe. Das Recht auf Asyl ist in unserem Grundgesetz verankert.

Es ist unbestreitbar, dass die **Herausforderungen der Integration**, die durch internationale Fluchtbewegungen und den Krieg in der Ukraine seit 2022 ausgelöst wurden, nochmals gestiegen sind. Migration, Flucht und Fluchtursachen sind einem beständigen Wandel unterzogen. Auch Fragen des Zusammenlebens in einer Vielfaltsgesellschaft müssen immer wieder neu beantwortet werden. Daher gibt es keine einfachen Lösungen. Vielmehr gilt es, **im Kontext einer europäischen Politik politische Lösungen** in der Migrationspolitik zu finden, die den Anforderungen des Grundgesetzes und einer humanitären Flüchtlingspolitik Genüge leisten.

Die Diakonie setzt sich für eine gute Beratung und eine **qualifizierte Integrationspolitik** ein, damit der soziale Frieden durch Integration erhalten bleiben kann.

Dazu gehören der Ausbau von Begegnungsorten, an denen Gegenseitigkeit und Perspektivwechsel eingeübt werden können, der Ausbau von Sprach- und Integrationskursen, die Entlastung der kommunalen Bürokratie, bessere Partizipationsmöglichkeiten und die Aufhebung von Arbeitsverboten.

4. Kinder-, Jugend- und Familienpolitik

Die Familienpolitik der AfD steht in engem Zusammenhang mit ihrer Arbeitsmarkt- und Migrationspolitik. Diese ist an einer ‚inländischen, einheimischen deutschen‘ Bevölkerung orientiert. Die Familienpolitik dient derselben Vorstellung des Vorrangs einer – wie auch immer definierten – ‚ethnisch‘ deutschen Bevölkerung.

Im Grundsatzprogramm der AfD steht dazu:

Den demografischen Fehlentwicklungen in Deutschland muss entgegengewirkt werden. Die volkswirtschaftlich nicht tragfähige und konfliktträchtige Masseneinwanderung ist dafür kein geeignetes Mittel. Vielmehr muss **mittels einer aktivierenden Familienpolitik eine höhere Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung** als mittel- und langfristig einzig tragfähige Lösung erreicht werden. [...]

Grundsatzprogramm der AfD, S. 41

Traditionelle Ehen und Familienrollen sollen nach dem Willen der AfD gestärkt und Frauen länger an die Mutterrolle gebunden werden – das Grundsatzprogramm spricht nur vom „politischen Leitbild der voll erwerbstätigen Frau...“⁵¹, das zugunsten einer höheren Geburtenrate durchbrochen werden soll, um der „...demographischen Katastrophe“⁵² zu entgehen und „... den Erhalt des deutschen Staatsvolks zu sichern“⁵³. Dies soll nach Ansicht der AfD durch die Förderung von Familien mit mehr als drei Kindern (die Mindestquote für Kinder zum Wachstum der Bevölkerung wird mit 2,2 angegeben) geschehen, die deutlich bessergestellt werden sollen.

Im Grundsatzprogramm der AfD heißt es dazu:

Durch eine größere Wertschätzung der Elternarbeit sowie einer Bildungs- und Familienpolitik, die sich an den Bedürfnissen von Familien orientiert und junge Menschen zur Familiengründung ermutigt, soll die **Geburtenrate mittel- bis langfristig wieder ein tragfähiges Niveau erreichen**. [...]

So muss eine alternative Familienpolitik die Familie als wertgebende Grundeinheit finanziell und ideell stärken. Die derzeit bestehenden finanziellen Nachteile, die Familien mit Kindern gegenüber Kinderlosen erleiden, müssen korrigiert werden. Insbesondere muss es auch in den bildungsnahen, mittleren Einkommensschichten wieder möglich sein, zukunftsgerichtet für eine große Familie zu sorgen, ohne sich dabei einem Armutrisiko auszusetzen. [...] Durch eine spezielle **Förderung von Mehrkindfamilien** möchte die AfD dazu ermutigen, sich für mehr Kinder zu entscheiden. [...]

Grundsatzprogramm der AfD, S. 42.

Die Familienpolitik der AfD basiert auf der Kritik an einer von der AfD angenommenen, grundsätzlichen Orientierung an der **Erwerbstätigkeit von Frauen**. Diese einseitige Orientierung an der Erwerbsfähigkeit von Frauen bestimmt nach Ansicht der AfD die gegenwärtige Arbeitsmarkt- und Familienpolitik. In diesem Zusammenhang kritisiert die AfD zudem immer wieder den Feminismus, Gendertheorien und Gender-Mainstreaming.

Im Grundsatzprogramm der AfD heißt es dazu:

„Die Wertschätzung für die **traditionelle Familie** geht in Deutschland zunehmend verloren. Den Bedürfnissen der Kinder und

Eltern gerecht zu werden, muss wieder Mittelpunkt der Familienpolitik werden. Die zunehmende Übernahme der Erziehungsaufgabe durch staatliche Institutionen wie Krippen und Ganztagschulen, die Umsetzung des „Gender-Mainstreaming“-Projekts und die generelle Betonung der Individualität untergraben die Familie als wertgebende gesellschaftliche Grundeinheit. **Die Wirtschaft will Frauen als Arbeitskraft. Ein falsch verstandener Feminismus** schätzt einseitig Frauen im Erwerbsleben, nicht aber Frauen, die „nur“ Mutter und Hausfrau sind. Diese erfahren häufig geringere Anerkennung und werden finanziell benachteiligt.

[...] Es sollte wieder erstrebenswert sein, eine Ehe einzugehen, Kinder zu erziehen und möglichst viel Zeit mit diesen zu verbringen. **Die AfD möchte eine gesellschaftliche Wertediskussion zur Stärkung der Elternrolle und gegen die vom „Gender-Mainstreaming“ propagierte Stigmatisierung traditioneller Geschlechterrollen anstoßen.** Kinder sind kein karrierehemmender Ballast, sondern unsere Zukunft.

Grundsatzprogramm der AfD, S. 41

Berufstätigkeit soll Eltern nicht anhaltend überlasten oder zu Gewissenskonflikten führen. Familie und Beruf sind nur vereinbar, wenn junge Eltern ausreichend Zeit haben, um ihrer Elternrolle und ihrer Erziehungspflicht gerecht zu werden. Daher hält die AfD ein Umdenken in der Arbeitswelt für förderlich. **Weder familienbedingte Erwerbspausen noch Teilzeitarbeit sollten sich negativ auf den beruflichen Status und die weitere berufliche Entwicklung auswirken.“**

Grundsatzprogramm der AfD, S. 43

Als Familie versteht die AfD ein **„traditionelles Familienbild“**,⁵⁴ in dem Ehemann

und Ehefrau in gemeinsamer Verantwortung für ihre Kinder sorgen. Lebensformen, die sich von diesem Familienbild unterscheiden, und Personen, die diesem Bild nicht entsprechen, werden abgelehnt. Dazu zählt die Ehe für **Menschen mit homosexueller Orientierung**.⁵⁵

Eine Gleichstellungspolitik halten Politikerinnen und Politiker der AfD für ‚ideologischen Unsinn‘⁵⁶. An der Gleichberechtigung von Mann und Frau hält die AfD in ihrem Grundsatzprogramm dennoch fest, allerdings ohne ‚Ergebnisgleichheit‘:

Die AfD vertritt die Meinung, dass Quoten kein geeignetes Mittel zur Gleichberechtigung von Mann und Frau darstellen. Auch die Einrichtung spezieller Frauenstudiengänge lehnen wir ab. Die AfD **unterstreicht stattdessen die grundrechtlich garantierte Gleichberechtigung von Mann und Frau** (im Sinne von Chancengleichheit). Eine **Gleichstellungspolitik im Sinne von Ergebnisgleichheit lehnt die AfD hingegen ab.“**

Grundsatzprogramm der AfD, S. 56

Die Kritik einer gendersensiblen Politik zeigt sich beispielsweise am Umgang mit dem Thema „Frauenparkplätze“, bei dem im Landtag Baden-Württemberg ein AfD-Abgeordneter in einer mündlichen Anfrage die Geltung derer auch für Trans-Personen erfragt.⁵⁷

Ebenso wird gendergerechte Sprache immer wieder zum Thema gemacht und in Anträgen kritisiert.⁵⁸ Die Beschäftigung mit Genderthemen wird gar als Angriff auf die Freiheit bezeichnet.⁵⁹

Das Männer- und Frauenbild, das Björn Höcke, der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag, entwickelt, liefert

den gedanklichen Unterbau dazu. Er attestiert deutschen Männern, die „zu achtzig Prozent aus Weicheiern bestehen“⁶⁰ ein verkümmertes Selbstbewusstsein und eine falsche Überwindung richtiger Rollenbilder: „Wehrhaftigkeit, Weisheit und Führung beim Mann – Intuition, Sanftmut und Hingabe bei der Frau.“⁶¹

Die Diakonie sagt dazu:

In der Bibel und in der Kirche gelten Ehe und Familie als Grundlage des Zusammenlebens. Zur Realität vieler Familien und insbesondere zu der von Frauen gehört, dass eine qualifizierte Förderung von Familien und Familienarbeit notwendig ist. **Frauen in der Familienarbeit, insbesondere alleinerziehende Frauen, sind in Deutschland armutsgefährdet.** Die kontinuierlich zunehmende Armut von Familien und von Kindern wird von der Diakonie seit Jahren problematisiert. Die Diakonie fordert daher eine angemessene **Kindergrundsicherung**. Zu den Leitsätzen der Diakonie gehört das anwaltschaftliche, partizipative Engagement zur Überwindung von Armut und Ausgrenzung. Dazu nimmt die Diakonie Familien besonders in den Blick.

Dass Armut in Deutschland noch immer Frauenarmut ist, wird von zahlreichen wissenschaftlichen Studien belegt. Die Emanzipation von Frauen, die auch mit der **Erwerbstätigkeit von Frauen** einherging, ist daher sozialpolitisch nachvollziehbar und sollte nicht gegen eine auskömmliche Grundsicherung von Familien, zu denen auch Patchworkfamilien und Alleinerziehende gehören, ausgespielt werden.

Die Minderachtung von **Familien und Kindern mit Migrationshintergrund** gegenüber ‚einheimischen, deutschen‘ Fami-

lien widerspricht einem inklusiven, an Vielfalt orientierten Gesellschafts- und Familienbild, das auch im Grundgesetz hinterlegt ist. Eine Familienpolitik, die an einem Vorrang ethnisch definierter, einheimischer Geburtensteigerung orientiert ist, widerspricht dem Grundgedanken der allgemeinen Würde und Gleichheit des Grundgesetzes.

In der **Gleichstellungspolitik** wird von der AfD zwar festgehalten, dass es Frauen nach familiären Verpflichtungen schwerer fällt, wieder in den Beruf ein- und darin aufzusteigen. Frauenförderung soll aber nur auf freiwilliger Basis geschehen. Wissenschaftliche Studien, die belegen, dass dies nicht realistisch ist, werden nicht erwähnt.⁶² **Im Ergebnis zielt die Politik der AfD nicht auf Gleichstellung von Frauen und Männern ab.** Vielmehr werden Ungleichheit in der Rollenverteilung der Geschlechter sowie die wirtschaftliche Benachteiligungen von Frauen in der Familienarbeit gemäß der Politik der AfD individualisiert und deren Ausgleich der persönlichen Lebensplanung überlassen.

Die Diakonie sieht ihre Aufgabe in der „Mitgestaltung einer gerechten und solidarischen Gesellschaft“⁶³. Diese bezieht sich auf alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht oder ihrer Herkunft, wie sie im Rahmen des Grundgesetzes geregelt sind.

5. Behindertenhilfe und Psychiatrie: Inklusion

Die AfD geht davon aus, dass **Inklusion im Schul- und Bildungswesen** ein Hemmnis für behinderte und nicht behinderte Schüler und Schülerinnen darstellt. Sehr deutlich macht das Björn Höcke, Vorsitzender der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag, wenn er in einem Interview davon spricht, dass inklusive Klassen ein „Ideologieprojekt“ seien, allerdings „Projekte, die unsere Schüler nicht weiterbringen, die unsere Kinder nicht leistungsfähiger machen und die nicht dazu führen, dass wir aus unseren Kindern und Jugendlichen die Fachkräfte der Zukunft machen.“⁶⁴ Darüber hinaus wird Inklusion als einer der Hauptfaktoren für die Überlastung von Lehrkräften und das Abrutschen in der Pisa-Studie identifiziert.⁶⁵ Daher folgern Politiker und Politikerinnen der AfD: „Die Förderschule muss wieder zum Regelfall für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden.“⁶⁶

Im Grundsatzprogramm der AfD steht:

„Die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen stellt unsere bewährten Förder- und Sonderschulen keineswegs in Frage. Die **Forderung, behinderten Kindern Teilhabe am Bildungssystem zu garantieren, ist bereits umfassend und erfolgreich erfüllt**. Die ideologisch motivierte **Inklusion „um jeden Preis“** verursacht erhebliche Kosten und hemmt behinderte wie nicht behinderte Schüler in ihrem Lernerfolg. Die AfD setzt sich deshalb für den **Erhalt der Förder- und Sonderschulen** ein.

Die Eltern sollen auch weiterhin **das Recht haben, ihre Kinder in diese Einrichtungen zu schicken**.“
Grundsatzprogramm der AfD, S. 54

„Eine Inklusion um jeden Preis geht zu Lasten der Bildungsqualität aller Beteiligten. Die AfD setzt sich deshalb für den **Erhalt der Förder- und Sonderschulen und für eine Inklusion mit Augenmaß** ein.“
Europawahlprogramm der AfD, S. 49

Die Diakonie sagt dazu:

Ginge es nach der AfD, würde der Weg der Inklusion eingeschränkt werden, durch welchen Menschen mit Behinderung Teilhabe an Bildung in Schulen ermöglicht werden soll. Es wird angenommen, dass Inklusion den Lernerfolg von Schülerinnen und Schülern behindert. Sachlich widersprechen diese Überlegungen **wissenschaftlichen Studien zum Lernerfolg**. Diese besagen, dass in inklusiven Klassen ebenso gut gelernt wird wie in anderen – mit dem zusätzlichen Vorteil, dass in inklusiven Klassen auch Empathie, Sozialverhalten, Rücksichtnahme und Teamwork erlernt werden, Kompetenzen, die in allen Lebensbereichen wertvoll sind.⁶⁷

Problematisch erscheint aus der Sicht der Diakonie nicht nur die Annahme, dass Inklusion das Bildungsniveau senkt, sondern auch der Hinweis auf **Kosten der Inklusion, die die Volkswirtschaft belasten**. In Anfragen der AfD wird ebenfalls unterstellt, dass psychisch kranke Menschen die Volkswirtschaft und die Sozialsysteme belasten.⁶⁸ Demgegenüber betont die Diakonie: „Zuerst der Mensch“ lautet die Überschrift des Leitbildes der Diakonie.⁶⁹ Zu den grundlegenden Werten unserer Gesellschaft gehört die im Grundgesetz festgehaltene Überzeugung, dass alle Menschen gleichen Anspruch auf Teilhabe haben und eine uneingeschränkte Würde besitzen. So steht es auch in der Bibel.

Darüber hinaus thematisieren einzelne Politikerinnen und Politiker der AfD, dass auch **Kinder mit Migrationshintergrund** konsequent aus dem Regelangebot des Schulunterrichts ausgeschlossen werden sollen.⁷⁰ Die Diakonie sagt: Integration ist eine zentrale Herausforderung unserer Gesellschaft. Sie muss fachlich fundiert und im sozialen Miteinander von Schülerinnen und Schülern erlernt und erfahren werden. Dabei ist unstrittig, dass die Bemühungen zur Inklusion Ressourcen, Bereitschaft und Geduld benötigen, dass sie aber auch soziales Lernen, Freude an der Vielfalt und interkulturelle Kompetenzen fördern. Diese Erfahrungen sind für das tägliche Miteinander und für das Zusammenleben in einer globalisierten, digital vernetzten Gesellschaft und ihren internationale Wirtschaftsbeziehungen unerlässlich.

6. Nachhaltigkeit und Klimapolitik

Klimapolitik ist eine der großen politischen Herausforderungen der Gegenwart. Auch in diesem Politikfeld geht die AfD eigene Wege. Sie lehnt die bisherige Gesetzgebung zur Bewältigung des Klimawandels ab: **Abgelehnt wird die Dekarbonisierung und die flächendeckende Einführung erneuerbarer Energien.**

Im Grundsatzprogramm der AfD steht dazu:

„**Das Klima wandelt sich, solange die Erde existiert.** [...] Kohlendioxid ist kein Schadstoff, sondern ein unverzichtbarer Bestandteil allen Lebens. [...] Die AfD sagt daher **„Ja zum Umweltschutz“**, macht aber **Schluss mit der „Klimaschutzpolitik“ und mit den Plänen zur Dekarbonisierung** und „Transformation der Gesellschaft“. [...] Die AfD tritt (...) dafür ein, das EEG (ErneuerbareEnergienGesetz) ersatzlos abzuschaffen. [...], die EnEV (Energieeinsparverordnung) und das EEWärmeG (ErneuerbareEnergienWärmeGesetz) ersatzlos zu streichen (...und) die Subventionierung und Vorrang einspeisung des Stroms aus Biogasanlagen durch Abschaffen des EEG zu beenden. Die Subventionierung der Biokraftstoffe durch das Quotensystem ist einzustellen.“
Grundsatzprogramm der AfD, S. 79ff

„Eine vermehrte Inanspruchnahme durch **Freiflächen-Photovoltaikanlagen** steht dem Ziel einer Flächenschonung entgegen. Insbesondere den Flächenfraß [...] durch die sogenannte Agrivoltaik gilt es zu verhindern.“
Europawahlprogramm der AfD, S. 36

Experten und Expertinnen sagen: Wenn keine Gegenmaßnahmen eingeleitet wer-

den, wird sich der Klimawandel weiter zu-
spitzen und Naturkatastrophen werden
auch in Deutschland vermehrt zur Norma-
lität. Dies wird nach Einschätzung des
Gesamtverbands der Versicherer zu einer
deutlichen Erhöhung der Versicherungs-
prämien der Elementarschaden- und
Wohngebäudeversicherungen einen ersten
Niederschlag finden⁷¹. Der Gesamtver-
band der Versicherer geht von einer
Verdoppelung der Prämien aus. Das wird
**unmittelbare Auswirkungen auf Men-
schen mit Eigentum und auf Mieterin-
nen und Mieter** haben. Die Kosten wer-
den als Betriebskosten auf die Bewohner
und Bewohnerinnen umgelegt werden. So
sieht es auch die AfD, die Hausbesitzende
und Mietende steuerlich nicht entlasten
will. Klimapolitik und Sozialpolitik greifen
hier ineinander:

Im Europawahlprogramm der AfD steht:

„**Wirtschaftliche Risiken hat (...) der
Investor zu tragen**, nicht der Staat und
damit der Steuerzahler.“
Europawahlprogramm der AfD, S. 23

Die AfD spricht sich sehr deutlich **gegen
Subventionen** aus und fordert, dass auch
im landwirtschaftlichen Bereich markt-
wirtschaftliche Prinzipien bestimmend sein
sollen.

Im Europawahlprogramm der AfD steht:

„Bei Investitionsentscheidungen in priva-
ten Unternehmen haften diese selbst für
die Folgen von Fehlentscheidungen. [...] Unter-
nehmerische Sorgfalt ist ein besserer
Ratgeber als politische Ideologie. **Plan-
wirtschaftliche Markteingriffe mit Sub-
ventionen nach Maßgabe einer ,sozial-**

ökologischen Transformation' [...] stellen eine enorme Gefahr für Wohlstand, Freiheit und die Versorgungssicherheit der Mitgliedsstaaten dar.“
Europawahlprogramm der AfD, S. 24

„Marktwirtschaftliche Prinzipien müssen wieder in den Vordergrund rücken.“
Europawahlprogramm der AfD, S. 36

„Den Subventionsdschungel von EU, Bund, Ländern, Kommunen und der Sonderfonds wollen wir so konsequent lichten, wie dies eine Prüfung auf Wirksamkeit und Effizienz nahelegt. Sofern im Einzelfall Subventionen wirtschaftspolitisch sinnvoll erscheinen, sind sie zeitlich zu befristen. Jenseits der Daseinsvorsorge darf der Staat nur in Ausnahmefällen unternehmerisch tätig sein.“
Grundsatzprogramm der AfD, S. 69

Die Diakonie sagt dazu:

In der Bibel wird gesagt, dass Gott die Erde und alle Lebewesen erschaffen hat. Die Aufgabe des Menschen ist es, die Erde als einen lebenswerten Ort für Menschen und Tiere zu bewahren.

In der Klimapolitik gibt es nach Einschätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) keine Partei, die **Maßnahmen zum Schutz von Umwelt und Klima systematischer ablehnt** als die AfD, obwohl Experten und Expertinnen auf die Notwendigkeit zu Umsetzung einer klimafreundlichen Politik hinweisen. Die Vorschläge der AfD widersprechen daher nach Auffassung der Diakonie dem Auftrag zur Bewahrung der Schöpfung.

Die Kosten des Klimawandels werden die **Wohnkosten und die Nahrungsmittel-**

preise weiter erhöhen. Eine Ablehnung von Subventionen, wie sie die AfD fordert, wird **Menschen mit niedrigem Einkommen weiter belasten.** Die Ablehnung von Subventionen für bäuerliche Betriebe wird die Verbraucherpreise regionaler Lebensmittel erhöhen. Damit wäre nach Einschätzung von Expertinnen und Experten auch die Existenz bäuerlicher Betriebe im Inland gefährdet. Eine Klimapolitik, die Klimaveränderungen nicht wirksam begrenzt, wird zudem die Lebenssituation vieler Menschen im globalen Süden weiterhin verschärfen.

7. Abschließende, zusammenfassende Thesen

Vorbemerkung: AfD und Verfassungsschutz

Teile der Partei AfD werden vom **Verfassungsschutz** beobachtet. Einzelne Landesverbände sowie einzelne, darunter führende Politikerinnen und Politiker, gelten als **rechtsextrem**. Auf Social Media werden Beiträge zitiert, die sich auf nationalsozialistisches Gedankengut beziehen. Diesem Flügel der Partei folgen schätzungsweise 30 bis 40 Prozent der Parteimitglieder. Das wird im Verfassungsschutzbericht aus dem Jahr 2023 bestätigt.

Politikerinnen und Politiker der AfD **drohen** Andersdenkenden, Hilfsorganisationen und politischen Gegnern mit Konsequenzen, sollten sie an die Macht kommen. Sie **diffamieren** Politikerinnen und Politiker anderer Parteien. Sie lassen in Landesparlamenten **Listen** erstellen von Personengruppen wie z.B. von wohnungslosen Menschen mit sozialen Bedarfen oder von Menschen mit homosexueller Orientierung.

In ihren Wahlprogrammen und in ihrem politischen Handeln in Landesparlamenten und Bundestag werden von der AfD folgende politische Ziele formuliert:

7.1 Steuer- und Sozialpolitik

Die AfD, die sich als Partei der benachteiligten ‚kleinen Leute‘ präsentiert, würde mit ihrer Steuer- und Sozialpolitik Menschen **mit einem überdurchschnittlich hohen Einkommen besserstellen und Menschen mit einem niedrigen Einkommen steuerlich deutlich benachteiligen**. Keine andere Partei fordert so starke **Einschnitte bei Sozialleistungen** wie die AfD. Menschen, die Unterstützungsleis-

tungen beziehen, sollen weniger Leistungen erhalten und nach Ansicht mancher AfD-Politiker und -Politikerinnen auch weniger Rechte haben.

Rentenpolitik: Die AfD fordert die Aufhebung der Lebensarbeitszeitbegrenzung und die individuelle Freiheit zur Arbeitszeitverlängerung. Volle Rente wird erst nach 45 Beitragsjahren ausgezahlt. **Die Rentenpolitik der AfD würde damit letztlich zu größeren Einbußen in der Rente und zu einer Rente mit 70 ,durch die Hintertür‘ führen.** Insbesondere Menschen mit einer unterbrochenen oder verlängerten Berufsbiografie (durch Studium, Arbeitslosigkeit oder Erziehungszeiten) müssten mit **Einbußen in der Rente** rechnen. Das **Rentenniveau** würde insgesamt noch weiter als bisher abgesenkt.

7.2 Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik

Die AfD verfolgt eine **neoliberale Wirtschaftspolitik**. Sie will soziale Regulierungen des freien Marktes beschränken. Sie spricht sich gegen eine Stärkung der Rechte von Mieterinnen und Mietern aus. Die Politik der AfD würde zudem eine Erhöhung des Mindestlohns verhindern.

Arbeitslosigkeit: Arbeitslose Menschen werden pauschal als arbeitsunwillig bezeichnet. Krankheiten, Pflege von Angehörigen und Arbeitshindernisse als Alleinerziehende, die in der überwiegenden Mehrheit die Gründe für Arbeitslosigkeit ausmachen, werden nicht erwähnt. Die AfD ist für die Beschneidung des Bürgergelds und für die Zwangsverpflichtung von Langzeitarbeitslosen zu Bürgerarbeit.

Internationale Fachkräftegewinnung: Der **Zuzug von ausländischen Arbeitskräften soll begrenzt werden und ‚einheimische‘ Arbeitskräfte sollen nach Auffassung der AfD aus dem Ausland zurückgeholt werden.** Die Arbeitsmarktpolitik der AfD orientiert sich an einer politisch fragwürdigen Unterscheidung von ‚einheimischen‘, inländischen Arbeitskräften und ‚anderen‘. Sie blendet die Notwendigkeiten der Fachkräftegewinnung aus dem Ausland aus. Wirtschaftsexpertinnen und -experten sowie Sozialverbände sind sich einig: Es müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um Fachkräfte innerhalb von Deutschland zu gewinnen. Ohne internationale Fachkräfte werden aber weder soziale Dienste, insbesondere in der Pflege, noch Wirtschaftsbetriebe in Deutschland zukünftig erfolgreich arbeiten können.

7.3 Familienpolitik

Die Familienpolitik der AfD orientiert sich am **Leitbild der ‚einheimischen‘, ‚deutschen‘ Familie und an traditionellen Rollenbildern von Mann und Frau.** ‚Einheimische‘ Frauen sollen insbesondere Familienarbeit leisten und viele Kinder zur Welt bringen können. **Erwerbsarbeit von Frauen soll eingeschränkt werden.** Einheimische (Mehrkinder-)Familien (zu denen solche mit Migrationshintergrund nicht zählen), sollen finanziell unterstützt werden. Durch **mehr Geburten** soll ein weiterer Zuzug von ausländischen Arbeitskräften verhindert werden.

7.4 Migration und Integration

Die AfD spaltet die Gesellschaft auf in „echte Deutsche“ und Migranten, in echte Flüchtlinge und solche, die nur aufgrund wirtschaftlicher Vorteile ins Land kommen.

Migration soll insgesamt begrenzt und die Abschiebung bzw. Remigration umfangreich gefördert werden. Bundesbehörden und Hilfeorganisationen werden verdächtigt, rechtsstaatlich gebotene Abschiebungen widerrechtlich zu verhindern.

In der Migrationspolitik, insbesondere in der Formulierung von Remigrationsplänen, stehen Politiker und Politikerinnen im **Kontakt mit rechtsradikalen und rechtsextremistischen Netzwerken.** Eine massenhafte Ausweisung von Menschen mit Migrationshintergrund mitsamt ihrer Unterstützerinnen und Unterstützer wird in rechtsradikalen Netzwerken propagiert, an denen auch Politiker und Politikerinnen der AfD beteiligt sind. Das wird vom Verfassungsschutz kritisch beobachtet.

In der Gesellschaftspolitik will die AfD die Rechte und Freiheiten von Minderheiten beschneiden. Sie spricht sich gegen eine Anerkennung von islamischen Verbänden als Religionsgemeinschaften aus.

7.5 Inklusion

Die AfD **lehnt Inklusion im schulischen Kontext ab** mit der Begründung, dass der Bildungserfolg durch gemeinsamen Unterricht gemindert werde, ohne dabei auf wissenschaftliche Studien einzugehen, die zeigen, dass der Lernerfolg in inklusiven Schulen nicht gemindert wird, das soziale Lernen aber erhöht wird.

7.6 Klimapolitik

Der wirtschaftliche und politische Schaden durch die Schwächung der EU und die **Aussetzung von Klimaschutzmaßnahmen,** die die AfD fordert, träfen vor allem arme Menschen und würden das Solidar-

system und den Wirtschaftsstandort Deutschland schwächen.

7.7 Abschließend kann man aus Sicht der Diakonie festhalten

Kaum eine Partei hat nach Ansicht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in den letzten 70 Jahren verletzte Gruppen so stark diskriminiert wie die AfD⁷². Viele Wählerinnen und Wähler der AfD realisieren dabei nicht, dass diese **Politik der Diskriminierung und Ausgrenzung**, die zunächst Migranten und Migrantinnen treffen soll, auch sie selbst stark negativ betreffen würde. Unterstützerinnen und Unterstützer der AfD realisieren auch nicht, dass die Steuer- und Sozialpolitik der AfD für viele **Menschen mit niedrigem Einkommen und geringer Teilhabe noch größere Benachteiligungen und Einschränkungen** nach sich ziehen würde. Die Politik der AfD würde insbesondere sehr reichen Menschen Vorteile bringen.

Die AfD verhält sich **politisch uneindeutig**. Die Wahlprogramme lassen den **Einfluss von rechtsradikalen, völkischen und rassistischen Ideologien** in der Partei andeutungsweise erkennen, z.B. hinter den Unterscheidungen von ‚einheimischen‘ und ‚anderen‘ Menschen, denen ein Bleibe- und Arbeitsrecht in Deutschland abgesprochen wird. Einen völkisch-rassistischen Hintergrund kann man in der Unterscheidung von ‚einheimischen‘ und ‚anderen‘ vermuten – oder ggf. auch leugnen. Das gilt auch für die Forderung, nur ‚einheimische‘ Familien sollen gefördert werden und viele Kinder zur Welt bringen. Die Unterscheidung von ‚einheimischen‘ und ‚anderen‘ wird nicht erläutert. Unklar bleibt, wer ‚einheimisch‘ ist. Die Aussage kann in einem völkischen-nationalistischen

Sinn gedeutet werden, insofern dann nur ‚deutsche‘ Menschen aus Familien ohne Migrationshintergrund gemeint sein könnten. Sie kann ggf. aber auch auf gut integrierte ‚einheimische‘ Familien mit Migrationshintergrund bezogen werden, um sich von rechtsextremen Aussagen zu distanzieren.

Die **politische Uneindeutigkeit der AfD** resultiert auch daraus, dass nicht alle AfD-Mitglieder und Leitungspersonen dem rechtsextremen Flügel der Partei zuzurechnen sind und dass in Wahlprogrammen keine Formulierungen bleiben, die zu einer weiteren Beobachtung durch den Verfassungsschutz führen könnten.

Auch Formen **gruppenspezifischer Menschenfeindlichkeit und die Anfeindungen von Hilfeorganisationen und Interessenvertretungen** sind in den Wahlprogrammen nur implizit greifbar. Arbeitslose, Migranten, homosexuelle Menschen und andere Minderheiten werden stigmatisiert und angefeindet. Dies geschieht vor allem durch **undifferenzierte Pauschalisierungen, Unterstellungen und Verdächtigungen**: z. B. dass arbeitslose Menschen generell zumutbare Arbeit verweigern oder dass Hilfsorganisationen und Behörden widerrechtlich Abschiebungen verhindern.

Dass Landes- und Jugendverbände der AfD, u.a. in Thüringen, als rechtsextrem vom Verfassungsschutz beobachtet werden, ist gesichert. Die AfD wurde zunächst u.a. durch den Professor für Wirtschaft, Bernd Lucke, als eine neoliberale EU-kritische Wirtschaftspartei gegründet. Seither haben der rechtsradikale Flügel und damit die **rechtsextremen Inhalte und Netzwerke innerhalb der AfD deutlich an Einfluss gewonnen**. In neuen

Bundesländern, insbesondere in Thüringen mit ihrem Fraktionsvorsitzenden Björn Höcke, kann sie weiterhin – trotz aller Kritik und Demonstrationen – politischen Zulauf verzeichnen.

Quellenangaben

- 1 Grundsatzprogramm der AfD: https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/05/Programm_AfD_Online_.pdf, Zugriff am 8.4.2024;
- 2 Europawahlprogramm der AfD: https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/11/2023-11-16_-_AfD-Europawahlprogramm-2024_-_web.pdf, Zugriff am 8.4.2024.
- 3 Leitantrag der AfD zum Europawahlprogramm: https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/06/2023-06-14_Leitantrag-Europawahlprogramm_.pdf, Zugriff am 8.4.2024; im Folgenden zitiert als:
- 4 Bundesministerium des Innern und für Heimat (Hg.), Verfassungsschutzbericht 2022, Berlin 2023, 88. (https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/vsb2022-BMI23007.df;jsessionid=16862181DB276C9FB63B6FB0D337-90AC.live882?__blob=publicationFile&v=8, Zugriff am 8.4.2424).
- 5 Ebd., 89.
- 6 Ebd.
- 7 Ebd., 88.
- 8 So wird beispielsweise die kleine Anfrage zur Schulpolitik „Deutschkenntnisse der Schüler in den Kreisen Rottweil, Tuttlingen und Enzkreis“, Landtag Baden-Württemberg, Drucksache 17/5941 vom 5.12.2023 (https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/5000/17_5941_D.pdf, Zugriff am 8.4.2024) dazu verwendet, das Thema Migration ins Gespräch zu bringen. Die eigentliche Auseinandersetzung mit der Studie zu den Deutschkenntnissen von Neunt- und Viertklässlern des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) vom 4.12.2023 kommt kaum in den Blick.
- 9 Chatverläufe eines Referenten zweier Landtagsabgeordneter aus Baden-Württemberg (http://bit.ly/NeinZurAfD_1, Zugriff am 19.2.2024).
- 10 AfD auf Facebook (http://bit.ly/NeinZurAfD_2, Zugriff am 19.2.2024).
- 11 Ex-Mitglied der rechtsterroristischen „Nationalistischen Front“ und Bürgerdeputierter der AfD im Berliner BVV-Ausschuss für Soziales, Senior*innen, Arbeit und Wirtschaft auf Twitter (http://bit.ly/NeinZurAfD_3, Zugriff am 19.2.2024).
- 12 AfD im Landtag von Sachsen-Anhalt (http://bit.ly/NeinZurAfD_4, Zugriff am 19.2.2024).
- 13 Ein Abgeordneter auf dem Bundesparteitag der AfD (http://bit.ly/NeinZurAfD_5, Zugriff am 19.2.2024).
- 14 Ein Abgeordneter der AfD im Landtag Baden-Württemberg (http://bit.ly/NeinZurAfD_6, Zugriff am 19.2.2024).
- 15 S. Thüringer Landtag: https://parldok.thueringer-land-tag.de/ParlDok/dokument/55755/lesbische_schwule_bisexuelle_transsexuelle_und_intersexuelle_lsbti_in_thueringen.pdf, Zugriff am 8.4.2024.
- 16 Landtag Baden-Württemberg, Drucksache 17/5948, kleine Anfrage „Wohnungslose in Baden-Württemberg“ vom 9.1.2024, https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/5000/17_5948_D.pdf, Zugriff am 8.4.2024.
- 17 Vgl. Staatsanzeiger für Baden-Württemberg vom 26.1.2024, Interview mit Emil Sänze, S.5 (<https://www.staatsanzeiger.de/nachrichten/politik-und-verwaltung/afd-landeschef-emil-saenze-wenn-wir-regieren-wird-es-nicht-lustig/>, Zugriff am 8.4.2024). Vgl. auch die Äußerungen im Rahmen der correctiv-Recherche, in der im rechtsextremistischen Umfeld geäußert wird, dass auch Helfer und Helferinnen Geflüchteter deportiert werden sollen (<https://www.nzz.ch/international/treffen-zur-remigration-wer-ist-martin-sellner-der-kopf-der-identitaeren-ld.1774023>, Zugriff am 22.2.2024).
- 18 Krall, Markus, Wer rettet Europa? Vortrag am 31.1.2020 in Olbernhau (<https://www.youtube.com/watch?v=xHZuHjXNnF4>, ab Minute 20:22, Zugriff am 14.4.2024).
- 19 https://www.youtube.com/watch?v=bV1kDD3_IS8&t=980s, Minute 1:19, Zugriff am 22.2.2024. Der Vortrag erhielt bis 14.4.2024 auf youtube 2240 Likes.
- 20 https://www.youtube.com/watch?v=QYg0Z_bNOWg&t=6s, Minute 2:19, Zugriff am 22.2.2024.
- 21 Bundesministerium des Innern und für Heimat (Hg.), Verfassungsschutzbericht 2022, 91 (<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/vsb2022-BMI23007.html>, Zugriff am 8.4.24)
- 22 Diakonisches Werk Württemberg (Hg.), Zuerst der Mensch, Verbandsleitbild, Stuttgart 2020, Leitsatz 1,3 (https://www.diakonie-wuerttem-berg.de/fileadmin/Diakonie/Ueber_uns_Ue/Landesgeschaeftsstelle_Lgst/Leitbild2021-Web.pdf, Zugriff am 23.2.2024).
- 23 Alle Hervorhebungen in den Originalzitaten der Wahl- und Parteiprogramme in Fettdruck wurden vom Diakonisches Werk Württemberg formatiert zur übersichtlicheren Lesbarkeit.
- 24 In das Grundsatzprogramm der AfD wurden diese Aussagen zur Rente nicht aufgenommen. https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/05/Programm_AfD_Online_.pdf, Zugriff am 8.4.2024
- 25 <https://afdbundestag.de/eckpunktepapier-alterssicherung/>, Zugriff am 19.2.2024.

- 26 <https://www.dgb.de/themen/++co++60b8391a-25d0-11e7-8bd1-525400e5a74a>, Zugriff am 19.2.2024.
- 27 https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/DemoWandel_Werding_2018_final3.pdf, Zugriff am 19.2.2024.
- 28 Grundsatzprogramm der AfD; https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/05/Programm_AfD_Online_.pdf, Zugriff am 8.4.2024;
- 29 Zu den folgenden Aussagen: https://www.diw.de/de/diw_01.c.879742.de/publikationen/diw_aktuell/2023_0088/das_afd-paradox__die_hauptleidtragenden_der_afd-politik_waeren_ihre_eigenen_waehler_innen.html, Zugriff am 19.2.2024.
- 30 https://www.diw.de/de/diw_01.c.879742.de/publikationen/diw_aktuell/2023_0088/das_afd-paradox__die_hauptleidtragenden_der_afd-politik_waeren_ihre_eigenen_waehler_innen.html, Zugriff am 19.2.2024.
- 31 https://ftp.zew.de/pub/zew-docs/ZEWKurzexpertisen/ZEW_Kurzexpertise2105.pdf, Zugriff am 8.4.2024.
- 32 Deutscher Bundestag, Antrag „Aktivierende Grundsicherung statt bedingungslosem Grundeinkommen – Einführung von Bürgerarbeit“ vom 12.10.2022, Drucksache 20/3943 (<https://dserver.bundestag.de/btd/20/039/2003943.pdf>, Zugriff am 8.4.2024).
- 33 https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/11/2023-11-16_-_AfD-Europawahlprogramm-2024_-_web.pdf, Zugriff am 8.4.2024; im Folgenden zitiert als: Europawahlprogramm.
- 34 Deutscher Bundestag, „Nationale Kraftanstrengung zur Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern“, Drucksache 20/1508 vom 26.4.2022 (<https://dserver.bundestag.de/btd/20/015/2001508.pdf>, Zugriff am 8.4.2024).
- 35 So unter anderem im Landtag Baden-Württemberg in der kleinen Anfrage „Auswirkungen der Reformvorschläge des Europäischen Asyl- und Migrationssystems auf Baden-Württemberg“, Drucksache 17/5919 vom 23.11.2023 (https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/5000/17_5919_D.pdf, Zugriff am 8.4.2024); oder im Antrag an den Deutschen Bundestag, Drucksache 20/6184 vom 28.3.2023, „Die Zeitenwende in der Migrationspolitik mit einer Rückführungsoffensive 2023 einleiten“ (<https://dserver.bundestag.de/btd/20/061/2006184.pdf>, Zugriff am 8.4.2024). Alle inhaltlichen Punkte weisen eine Nähe zum Buch von Björn Höcke auf, in dessen Duktus sie verfasst sind. Vgl. Höcke, Björn, „Nie zweimal in denselben Fluss“, Lüdinghausen ^o2023.
- 36 Björn Höcke legte seine Remigrationspläne beispielsweise schon 2018 offen und fordert „sofortiger Stopp der unkontrollierten Masseneinwanderung, klare Durchsetzung unserer Rechts- und Werteordnung, Rückführung der nichtintegrierbaren Migranten, Austrocknen des islamischen Terrorismus im Land und Unterbinden des Einflusses fremder Regierungen auf innerdeutsche Belange, wie es insbesondere die Türkei direkt und verschiedene arabische Staaten indirekt betreiben.“ Höcke, a.a.O., 195f.
- 37 Martin Sellner (*1989 in Wien) ist rechtsextremer Aktivist und Autor, bis 2023 Sprecher der Identitären Bewegung Österreichs und als Akteur der „Neuen Rechten“ in Deutschland bekannt. Nach Medienrecherchen war er als Hauptredner dieses Treffens eingeladen.
- 38 Vgl. <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechts-extreme-november-treffen/>, Zugriff am 19.2.2024.
- 39 <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechts-extreme-november-treffen/>, Zugriff 8.4.2024.
- 40 So unter anderem in: Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll der 134. Sitzung vom 9.11.2023 (<https://dserver.bundestag.de/btp/20/20134.pdf>, 16866, Zugriff am 8.4.2024).
- 41 <https://www.mittelhessen.de/politik/politik-rheinland-pfalz/afd-und-remigration-eine-nicht-so-geheime-geschichte-3221453>, Zugriff am 19.2.2024.
- 42 Interview der ARD mit Weidinger, Bernhard (s.u. <https://www.mittelhessen.de/politik/politik-rheinland-pfalz/afd-und-remigration-eine-nicht-so-geheime-geschichte-3221453>, Zugriff am 19.2.2024).
- 43 <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/>, Zugriff am 8.4.2024.
- 44 Ebd.
- 45 Ebd.
- 46 Höcke, Björn, „Nie zweimal in denselben Fluss“, Lüdinghausen 62023, 130.
- 47 Höcke, ebd., 199f. Daher bestreitet er auch der ehemaligen Migrationsbeauftragten der Bundesregierung, Aydan Özoguz, das Existenzrecht in Deutschland, wenn diese „jenseits der Sprache nicht einmal eine spezifisch deutsche Kultur erkennen kann und dann noch ungeniert mit deutschen Steuergeldern sich ein schickes Leben finanzieren lässt.“ Höcke, ebd., 198.
- 48 Höcke, ebd., 197.

- 49 Höcke, ebd., 254.
- 50 Bundesministerium des Innern und für Heimat (Hg.), Verfassungsschutzbericht 2022, 90 (<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/vsb2022-BMI23007.html>, Zugriff am 9.4.2024)
- 51 Grundsatzprogramm der AfD, S. 43: https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/05/Programm_AfD_Online_.pdf, Zugriff am 8.4.2024
- 52 Deutscher Bundestag, Antrag zum Thema „Verwirklichung des Kinderwunsches – Unterstützung der Entscheidung für ein drittes Kind“ vom 25.11.2020, Drucksache 19/24673, 2 (<https://dserver.bundestag.de/btd/19/246/1924673.pdf>, Zugriff am 8.4.2024).
- 53 Ebd., 1.
- 54 Grundsatzprogramm der AfD, 41, https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/05/Programm_AfD_Online_.pdf, Zugriff am 8.4.2024.
- 55 So beispielsweise die Ablehnung der „Ehe für alle“, in: Deutscher Bundestag, Antrag „Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts“ vom 8.10.2018, Drucksache 19/4810 (<https://dserver.bundestag.de/btd/19/048/1904810.pdf>, Zugriff am 8.4.2024). Außerdem in Bezug auf transsexuelle Menschen der Antrag „Transsexuellengesetz erhalten und den Schutz von Menschen mit Geschlechtsdysphorie verbessern“ vom 1.9.2023, Drucksache 20/8203 (<https://dserver.bundestag.de/btd/20/082/2008203.pdf>, Zugriff am 8.4.2024). Ebenso die kleine Anfrage aus der Partei in Thüringen, dass „Lesbische, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle und Intersexuelle (LSBTI) in Thüringen“ nach Gruppen aufgeschlüsselt gezählt werden sollen, kleine Anfrage 492 vom 1.9.2015 (https://parlodok.thueringer-land-tag.de/ParlDok/dokument/55755/lesbische_schwule_bisexuelle_transsexuelle_und_intersexuelle_lsbt_i_n_thueringen.pdf, Zugriff am 8.4.2024).
- 56 So in mehreren Debatten im Landtag Baden-Württemberg und Bundestag (u.a. https://dserver.bundestag.de/btp/20/20028_.pdf#P.2398, Zugriff am 8.4.2024).
- 57 Mündliche Anfrage eines AfD-Abgeordneten, „Geltungsbereich des Begriffs „Frauenparkplätze“, Sitzungsprotokoll der 81. Sitzung des Landtags Baden-Württemberg vom 30.11.2023 (https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Plp/17_0081_30112023.pdf, 4853, Zugriff am 8.4.2024). Ähnlich auch im Antrag „Wissenschaftliche Basis, Folgen und Kosten der Förderung von LGBTQ durch die Landesregierung“, Drucksache 17/5606 vom 24.10.2023 (https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/5000/17_5606_D.pdf, Zugriff am 8.4.2024).
- 58 So auch im Antrag an den Landtag Baden-Württemberg, Drucksache 17/4076 vom 16.2.2023, der am 21.3.2023 umfassend beantwortet wurde (https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/4000/17_4076_D.pdf, Zugriff am 8.4.2024).
- 59 Deutscher Bundestag, Antrag „Genderideologie – Gefahren von Bildung, Wissenschaft und Kultur abwenden“ vom 17.10.2023, Drucksache 20/8862 (<https://dserver.bundestag.de/btd/20/088/2008862.pdf>, Zugriff am 8.4.2024).
- 60 Höcke, Björn, „Nie zweimal in denselben Fluss“, Lüdinghausen ⁹2023, 114.
- 61 Höcke, ebd., 115.
- 62 Auswertung des Führungspositionengesetzes 2015 (<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/frauen-und-arbeitswelt/quote-privatwirtschaft/mehr-frauen-in-fuehrungspositionen-in-der-privatwirtschaft-78562>, Zugriff am 19.2.2024).
- 63 Diakonisches Werk Württemberg (Hg.), Zuerst der Mensch, Verbandsleitbild, Stuttgart 2020, Leitsatz 3, 9 (https://www.diakonie-wuerttemberg.de/fileadmin/Diakonie/Ueber_uns_Ue/Landesgeschaeftsstelle_Lgst/Leitbild2021-Web.pdf, Zugriff am 23.2.2024)
- 64 Björn Höcke im Sommerinterview 2023 (s. <https://www.fr.de/politik/news-hoecke-afd-inklusion-empoert-sommerinterview-aussagen-kinder-mit-behinderungen-zr-92451868.html>, Zugriff am 19.2.2024). Wichtig erscheint der AfD folgender Hinweis zur Bildungspolitik: „An deutschen Schulen wird oft nicht die Bildung einer eigenen Meinung gefördert, sondern die unkritische Übernahme ideologischer Vorgaben. Leitbild der schulischen Bildung muss immer der selbstständig denkende Bürger sein.“ Grundsatzprogramm der AfD, 54, https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/05/Programm_AfD_Online_.pdf, Zugriff am 8.4.2024.
- 65 Deutscher Bundestag, Antrag „Lehrer effektiv entlasten“ vom 14.9.2023, Drucksache 20/8357 (<https://dserver.bundestag.de/btd/20/083/2008357.pdf>, Zugriff am 8.4.2024); oder die Beschlussempfehlung und Bericht „Lehrermangel konsequent bekämpfen“ vom 26.9.2022, Drucksache 20/3652 (<https://dserver.bundestag.de/btd/20/036/2003652.pdf>, Zugriff am 8.4.2024). Des Weiteren der Antrag „Kinder mit und ohne Deutschkenntnisse für den gemeinsamen Erfolg getrennt unterrichten“ vom 4.7.2023, Drucksache 20/7575

- (<https://dserver.bundestag.de/btd/20/075/2007575.pdf>, Zugriff am 2.4.2024).
- 66 https://carolinbachmann.de/wahlprogramm-2021/#BildungWissenschaftForschung_Punkt_5, Zugriff am 19.2.2024, mit einer Formulierung, die im Grundsatzprogramm nicht veröffentlicht ist, wohl aber auf der Homepage der AfD-Bundestagsabgeordneten Caroline Bachmann.
- 67 <https://www.aktion-mensch.de/inklusion/bildung/hintergrund/zahlen-daten-und-fakten/inklusionschule/inklusion-in-der-schule-pro-und-contra>
- 68 Deutscher Bundestag, Kleine Anfrage „Ursachen für den Zugang in Erwerbsminderungsrente“ vom 6.9.2019, Drucksache 19/13033 (<https://dserver.bundestag.de/btd/19/130/1913033.pdf>, Zugriff am 8.3.2024), wo in den Fragen 14 und 15 thematisiert wird, welche volkswirtschaftlichen Verluste durch nicht genutzte Erwerbspotenziale von Menschen mit psychischen Erkrankungen und Beziehern von Erwerbsminderungsrenten bestehen.
- 69 https://www.diakonie-wuerttemberg.de/fileadmin/Diakonie/Ueber_uns_Ue/Landesgeschaeftsstelle_Lgst/Leitbild2021-Web.pdf, 3, Zugriff am 15.4.2024.
- 70 „Der Lernfortschritt einheimischer Schüler darf nicht beeinträchtigt werden. Solange die Migranten nicht hinreichend Deutsch sprechen, um am Regelunterricht teilzunehmen, ist ein Unterricht in ihrer Muttersprache eine Option.“ (s. https://carolinbachmann.de/wahlprogramm-2021/#BildungWissenschaftForschung_Punkt_6, Zugriff am 19.2.2024). Diese Formulierung ist auf der Seite der AfD-Bundestagsabgeordneten Caroline Bachmann. Ebenso wird hier im Unterschied zum Grundsatzprogramm darauf hingewiesen: „Islamunterricht an deutschen Schulen dient derzeit nicht der Integration, sondern fördert ein Verharren in Einstellungen, die echte Integration verhindern. Da die islamischen Gemeinschaften in Deutschland keine kirchenähnliche Struktur aufweisen, kann ihnen das Privileg eines ‚bekenntnisgebundenen‘ Religionsunterrichts an staatlichen Schulen nicht zugestanden werden.“
- 71 <https://www.gdv.de/gdv/medien/medieninformationen/klimaschaeden-koennten-zu-verdoppelung-der-praemien-in-der-wohngebaeudeversicherung-fuehren--136474>, Zugriff am 19.2.2024.
- 72 https://www.diw.de/de/diw_01.c.879742.de/publikationen/diw_aktuell/2023_0088/ das_afdparadox_die_hauptleidtragenden_der_afd-politik_waeren_ihre_eigenen_waehler_innen.html, Zugriff am 19.2.2024.

Dieses Hintergrundpapier ist auch in leichter Sprache beim Diakonischen Werk Württemberg erhältlich.

Impressum

Diakonisches Werk der
evangelischen Kirche in Württemberg e.V.
Heilbronner Straße 180, 70191 Stuttgart
E-Mail: info@diakonie-wuerttemberg.de
Web: www.diakonie-wuerttemberg.de
Datum: April 2024



